

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

11. - 17. Juli 2026

Der französische Nationalfeiertag am 14. Juli 2026 stand im Zeichen der „Koalition der Willigen“ und der Unterstützung für die Ukraine. Gemeinsam mit den französischen Streitkräften marschierten rund 500 Soldaten aus Deutschland, Großbritannien, Polen, Kanada, Australien, Rumänien und der Ukraine über die Champs-Élysées. Präsident Emmanuel Macron bezeichnete die Parade als „strategisches Signal“ an Russland und als Ausdruck europäischer Geschlossenheit. Bereits am Vortag hatte die „Koalition der Willigen“ bei ihrem 16. Gipfeltreffen in Paris neue Schritte zur militärischen Zusammenarbeit beschlossen. Mehrere europäische Staaten gründeten gemeinsam mit der Ukraine eine „antiballistische Koalition“, um die Entwicklung europäischer Flugabwehrsysteme zu koordinieren, die Ukraine besser vor russischen Angriffen zu schützen und die Abhängigkeit von US-Patriot-Systemen zu verringern. Zudem kündigte Macron die Lieferung von 16 Rafale-Kampfflugzeugen an die Ukraine ab 2028 sowie gemeinsame Militärbungen in ukrainischen Nachbarstaaten an.

Zehn Jahre nach dem islamistischen Anschlag vom 14. Juli 2016 gedachte Nizza der 86 Todesopfer und mehr als 400 Verletzten mit einer zentralen Gedenkfeier im Beisein von Präsident Emmanuel Macron. Dieser betonte, die Opfer seien Teil der nationalen Erinnerung geworden: „Wir haben keinen Namen, kein Gesicht vergessen.“ Zugleich bekräftigte er das Versprechen, dass der Staat die Angehörigen nicht im Stich lassen werde. Bürgermeister Éric Ciotti bezeichnete den Anschlag als einen der dunkelsten Momente der Stadtgeschichte und verurteilte den islamistischen Terrorismus. Im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung standen 86 leere blaue Stühle und Olivenzweige als Symbol für die Opfer. Den Abschluss bildete eine Lichtshow über dem Nachthimmel von Nizza: 2.016 Drohnen – als Verweis auf das Jahr des Anschlags – sowie 86 Lichtstrahlen erleuchteten den Himmel. Die Lichtstrahlen wurden genau zur Uhrzeit des Anschlags eingeschaltet.

Nach dem Fund von Waffen und Munition in einem verdächtigen Fahrzeug nahe einer Synagoge in Sarcelles (Großraum Paris) hat Innenminister Laurent Nuñez die Präfekten angewiesen, die Sicherheitsmaßnahmen rund um Einrichtungen der jüdischen Gemeinschaft landesweit zu verstärken. Polizei und Gendarmerie sollen ihre Präsenz insbesondere an Synagogen sowie bei Veranstaltungen mit hohem Besucheraufkommen ausbauen; an besonders sensiblen Orten werden sie durch Soldaten der Anti-Terror-Einheit „Opération Sentinelle“ unterstützt. Die Antiterrorstaatsanwaltschaft (PNAT) hat Ermittlungen aufgenommen; Festnahmen gab es bislang nicht.

Anlässlich des 120. Jahrestags der Rehabilitierung Alfred Dreyfus' rief Präsident Emmanuel Macron bei der ersten nationalen Gedenkfeier zu ständiger Wachsamkeit gegenüber dem wiedererstarkenden Antisemitismus auf. Er betonte, die Dreyfus-Affäre sei kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, sondern eine bleibende Mahnung gegen Ausgrenzung und Antisemitismus. Zugleich sprach er sich dafür aus, die „Gerechten unter den Völkern“ an allen Orten zu würdigen, an denen sie während der deutschen Besatzung Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung gerettet haben. Im Rahmen der Gedenkfeier wurde zudem eine Statue Alfred Dreyfus' vor dem Kassationsgericht eingeweiht.

Südlich von Paris zerstörte ein schwerer Waldbrand im Wald von Fontainebleau rund 800 Hektar Wald. Mehr als 1.000 Anwohner und Touristen mussten evakuiert werden, die Autobahn A6 sowie die TGV-Strecke Paris–Lyon wurden zeitweise gesperrt. Rund 400 Feuerwehrleute und Löschflugzeuge brachten das Feuer schließlich unter Kontrolle; die vollständigen Löscharbeiten werden jedoch noch Tage bis Wochen dauern. Die Ermittler gehen von Brandstiftung aus: Ein freiwilliger Feuerwehrmann gestand, einen der Brände vorsätzlich gelegt zu haben. Er gehört zu vier Personen, die in Polizeigewahrsam genommen wurden. Der französische Staatspräsident besuchte am 16. Juli Fontainebleau, um den Einsatzkräften im Kampf gegen die Waldbrände seine Unterstützung zu bekunden.

Die französische Nationalversammlung hat am 15. Juli das Gesetz zur Legalisierung der Sterbehilfe endgültig verabschiedet. Der Text wurde mit 291 gegen 241 Stimmen (29 Enthaltungen) angenommen, nachdem das Gesetzgebungsverfahren durch die Auflösung der Nationalversammlung 2024 unterbrochen worden war, der Senat den Entwurf mehrfach abgelehnt und der Vermittlungsausschuss keine Einigung erzielt hatte. Das Gesetz ermöglicht unter strengen Voraussetzungen aktive Sterbehilfe und assistierten Suizid für bestimmte unheilbar kranke Patienten in einer fortgeschrittenen oder finalen Krankheitsphase. Die Reform gilt als eine der bedeutendsten gesellschaftspolitischen Weichenstellungen der Amtszeit Emmanuel Macrons und bleibt hoch umstritten. Befürworter sehen darin die Einführung eines neuen individuellen Rechts, Gegner warnen vor einem grundlegenden ethischen Paradigmenwechsel. Premierminister Sébastien Lecornu und Senatspräsident Gérard Larcher wollen Teile des Gesetzes vom Verfassungsrat prüfen lassen. Die Regierung strebt ein Inkrafttreten noch vor Jahresende an.

Am 17. Juli 2026 tagt der Deutsch-Französische Ministerrat in Brühl (Nordrhein-Westfalen), während parallel dazu auf dem Fiegerhorst Nörvenich die Sitzung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats stattfindet. Beim letzten Ministerrat vor den französischen Präsidentschaftswahlen im April stehen die Themen EU-Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit bei Technologieprojekten (KI, Quantencomputer, Raumfahrt) sowie Resilienz und Bürgerkontakte (grenzüberschreitende Ausbildung von Fachkräften, vereinfachte Entsendung von Arbeitskräften über die Grenze und Stärkung von Austauschformaten wie dem Deutsch-Französischen Jugendwerk) im Vordergrund. Beim Verteidigungs- und Sicherheitsrat sollen hingegen Raketenabwehr, Satellitenaufklärung und Langstreckenwaffen Thema sein.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die frühere Präsidentschaftskandidatin der Parti Socialiste **Ségolène Royal** hat ihre Kandidatur für die Vorwahl des sozialistischen Lagers im Oktober angekündigt. In einer Mitteilung auf X erklärte die 72-Jährige, sie trete „mit Demut, ohne Ego und ohne Überlegenheitsgehebe“ an. Ihr Programm basiert auf fünf Schwerpunkten: gerechte Ordnung, Klimaschutz, Energiesicherheit, Wiederaufbau eines starken Staates und die Rolle Frankreichs als vermittelnde Macht. Zugleich griff Royal indirekt Marine Le Pen an. Angesichts des möglichen Wahlsiegs der Rechtspopulisten erklärte sie, sie könne nicht untätig bleiben, wenn ausgerechnet die erste Präsidentin Frankreichs aus dem „rechtsextremen Lager“ käme.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	6	5	
5	2	3	1
7	4	9	6
9	8	2	0

675 Inhaftierungen

Nach dem Fall der elfjährigen Lyhanna ließ Justizminister Gérald Darmanin landesweit rund 85.000 unbearbeitete Verfahren wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige überprüfen – deutlich mehr als die ursprünglich angenommenen 70.000. In 83,5 % der Fälle konnte ein Tatverdächtiger identifiziert werden, 36 % der Opfer sind noch minderjährig, und 38,5 % der Verfahren betreffen Vergewaltigungen. Die Überprüfung führte bereits zur Einleitung von 1.350 Ermittlungsverfahren (+309 %) sowie zur Inhaftierung von 675 Beschuldigten (+173 %). Zudem wurden 970 Verfahren als besonders dringlich eingestuft. Richter und Staatsanwälte warnen jedoch vor einer Überlastung der Justiz und der Ermittlungsbehörden sowie vor strukturellen Defiziten bei den IT-Systemen und den personellen Kapazitäten. Eine zweite Welle neuer Verfahren wird für den Herbst erwartet.